

KAPITAL ■ Die deutsche Wirtschaftsmisere ist das Ergebnis einer verhängnisvollen Verknüpfung zwischen Sozialversicherung und Arbeitsvertrag. Im Cicero-Gespräch analysieren zwei Ökonomen unterschiedlicher Grundauffassungen, was die Wahlprogramme daran ändern könnten

Vollbeschäftigung ist möglich!

EIN GESPRÄCH MIT **MICHAEL HÜTHER** UND **GUSTAV A. HORN**
FOTOS **TIMM KÖLLN**

Zahlreiche Beobachter sind sich einig, dass kein Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik so sehr von Wirtschaftsfragen bestimmt war wie der aktuelle. Stimmt dieser Eindruck?

Hüther: Der Eindruck stimmt, vielleicht mit einer Einschränkung: Auch die Wahl von 1983 wurde von Wirtschaftsthemen dominiert, wobei die damalige Wahl nach dem Wechsel von 1982 ja schon im Vorfeld entschieden schien. Damals stand die Haushaltssanierung im Mittelpunkt der ökonomischen Debatte.

Horn: Auch unmittelbar nach dem Krieg und in den fünfziger und sechziger Jahren hat es sehr stark durch ökonomische Fragen bestimmte Wahlkämpfe gegeben, als es noch um die Grundausrichtung der deutschen Volkswirtschaft ging. Aber in den Wahlkämpfen, die ich seit 1972 bewusst erlebt habe, ging es nie so sehr um Ökonomie wie heute, auch 1982/83 nicht. Natürlich spielte die Sanierung des Staatshaushaltes damals eine wichtige Rolle, aber die Nachrüstungsdebatte war auch von großer Bedeutung. Wir haben heute überhaupt kein Thema, das an die Bedeutung der ökonomischen Fragen nur annähernd heranreicht.

Ist das Diskursniveau der breiteren öffentlichen Debatte hoch genug, setzt sich ökonomischer Sinn gegen wirtschaftspolitischen Unsinn durch?

Hüther: Da habe ich so meine Zweifel. Das Niveau des wirtschaftspolitischen Diskurses ist jedenfalls nicht proportional angestiegen zur Zunahme von Häufigkeit und Umfang ökonomischer Themen etwa in Talkshows. Das zeigen ganz deutlich die Reaktionen auf das Wahlprogramm der CDU/CSU: Die im Programm enthaltene Verknüpfung zwischen einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und der gleichzeitigen Absenkung der Lohnnebenkosten wird im Wahlkampf oft verkürzt zu einer isolierten Debatte über die Mehrwertsteuer. Es

ist nur schwer möglich, ökonomische Zusammenhänge komplett in die allgemeine Debatte zu transportieren. Die Geschichte beginnt doch mit dem Satz: „Ich will die Lohnnebenkosten senken, und ich will es schnell tun.“ Weil Einsparungen nicht zu einer schnellen Entlastung führen, bleibt nur die Finanzierung über Steuern. Und es gibt keinen Grund, die Mehrwertsteuer zu tabuisieren, ihre Erhöhung ist in diesem Kontext sinnvoll und richtig. Diese Logik der Maßnahme spielt in der öffentlichen Debatte aber fast keine Rolle.

Horn: Sicherlich ist in der wirtschaftspolitischen Debatte die Zunahme der Quantität größer als die Zunahme der Qualität. Was fehlt, und hier reflektiert die öffentliche Debatte die Einseitigkeit der herrschenden akademischen Lehre in Deutschland, ist das gesamtwirtschaftliche Denken. Es kommt ein jeder mit irgendeinem isolierten Einzelvorschlag daher und behauptet, daran hänge die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands: an der Höhe der Steuersätze, an der Komplexität des Steuersystems etc. Es wird zu selektiv gedacht.

Hüther: Ich würde das nicht als fehlende gesamtwirtschaftliche Logik bezeichnen, sondern als einen Mangel an konzeptioneller Schlüssigkeit. Vereinzelt Vorschläge reichen nicht aus, um die strukturell schwierige Situation der deutschen Volkswirtschaft zu überwinden. Leider ist es keiner Partei gelungen, ein in sich geschlossenes, konsistentes wirtschaftspolitisches Konzept zu entwickeln.

Woran liegt dieses Versagen?

Horn: Das hat auch damit zu tun, dass es nur sehr wenige Ökonomen in der Politik gibt.

Hüther: Zu wenige, da haben Sie Recht!

Horn: Das meiste, was in der Politik zur Ökonomie gesagt wird, wird von Juristen gesagt. Das ist so, als würde Ihnen



DAS GESPRÄCH WURDE IN DER BIBLIOTHEK DES HOTELS „HYATT REGENCY“ IN KÖLN GEFÜHRT

Ihr Zahnarzt erklären, wie die Niere operiert werden soll. Wenn Sie die Debatten im Parlament verfolgen – auch in den Ausschüssen, in denen ja Abgeordnete mit fachlicher Spezialisierung sitzen –, dann treffen Sie dort ganz wenige Ökonomen an.

Das heißt, die Ausbildung der Juristen, die auf korrekte Einzelfallanalyse abzielt...

Hüther: ... und vor allem auf Einzelfallgerechtigkeit, die schlägt voll durch.



Was fehlt, und hier reflektiert die öffentliche Debatte die Einseitigkeit der akademischen Lehre in Deutschland, ist das gesamtwirtschaftliche Denken

Gustav A. Horn

Horn: Die Schönheit des Paragrafenwerks und seine Überschrift erfahren oft mehr Beachtung als eine saubere ökonomische Analyse. Die unterschiedlichen Kanäle gesamtwirtschaftlicher Rückwirkungen, das sind so komplexe Phänomene, die kennt ein Jurist wahrscheinlich gar nicht. Sein Focus liegt beispielsweise darauf, ein vorhandenes Steuergesetz besser zu machen und es präzise zu formulieren. Und der Rest interessiert ihn eigentlich nicht.

Die allseits verbreiteten Untergangsszenarien lassen die Bürger ratlos mit der Frage zurück, wie es zu dieser wirtschaftlichen Dauerkrise kommen konnte. Daher, bevor wir zur Therapie in den Wahlprogrammen kommen, die Frage nach der Diagnose: Wie erklären Sie den ökonomischen Niedergang?

Hüther: Der Kernbereich unseres wirtschaftspolitischen Versagens ist der Arbeitsmarkt. Wir haben ein hohes Maß unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, und zwar dauerhaft, kombiniert mit einer gesamtwirtschaftlichen Stagnation seit Herbst 2000. Wir kommen seitdem aus einem sehr engen Korridor gesamtwirtschaftlicher Bewegung nicht heraus. Die Ursachen dafür sind keine kurze, sondern eine lange Geschichte. Das hat nichts zu tun mit jüngeren konjunkturellen Verwerfungen oder dem gestiegenen Ölpreis, fast nichts mit den Krisen und Schocks wie der geplatzten Blase der New Economy oder den Anschlägen vom 11. September 2001. Viel wichtiger sind drei Ursachen, die weit zurückliegen. Ich nenne die Stichworte „Fehler der Wiedervereinigung“, „Folgen der Währungsunion“ und „Überdehnung des Sozialstaats“.

Dann nehmen wir diese Reihenfolge und beginnen bei den Fehlern der Wiedervereinigung.

Hüther: Wir haben das ganze Jahrzehnt 1990-2000 wirtschaftspolitisch falsch gestaltet. Die große Chance der



Der Konjunkturökonom

Gustav A. Horn kritisiert die Dominanz der Angebotspolitik und den Verlust der gesamtwirtschaftlichen Perspektive

Gustav Horn bekennt sich zum keynesianischen Leitbild der Wirtschaftspolitik, koste es, was es wolle. Sein Beharren auf der Relevanz der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wurde dem Konjunkturrexperten zum Verhängnis. Als Leiter der Konjunkturabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hatte Horn mit Mitarbeitern berechnet, dass der durch die Agenda 2010 bewirkte Verlust an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage rund 100 000 Arbeitsplätze kosten würde. Im April 2003 machte der Ökonom seine Bedenken im ARD-Politmagazin *Monitor* öffentlich.

Das Medienecho war enorm, die internen Folgen auch: DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann nutzte die Gelegenheit, dem „Dissidenten von heute“ (*Monitor*-Moderatorin Sonia Michich) den Vertrag nicht zu verlängern, offiziell begründet durch nicht ausreichende wissenschaftliche Leistungen des habilitierten Volkswirts. Besonders pikant: In der bei Personalfragen wichtigen Aufsichtsbehörde des DIW sitzt auch das Wirtschaftsministerium. Und Wolfgang Clement verkün-

dete, dass der „Effizienzgewinn“ der Agenda 2010 die Arbeitslosigkeit um „mindestens 15 Prozent“ senken würde. Da war die Stimme des seit 18 Jahren im DIW tätigen Wirtschaftsexperten offenbar unerwünscht. Horn hat zwar Recht behalten, aber seinen Job verloren – trotz Protesten von Ökonomen aus ganz Europa.

Der lachende Dritte waren die Gewerkschaften: Sie ermöglichten Horn ab Januar 2005 in der Hans-Böckler-Stiftung den Aufbau des neuen „Instituts für Markoökonomie und Konjunkturforschung“ (IMK). Mit vielen Mitarbeitern seiner alten DIW-Abteilung und garantierter „Pressefreiheit“. Kein Wunder, dass Horn nicht immer hinter den Positionen der Gewerkschaften steht.

Seine Kritik der Agenda 2010 im *Speziellen* und der fehlenden gesamtwirtschaftlichen Perspektive der deutschen Wirtschaftspolitik im Allgemeinen hat Horn inzwischen als Buch publiziert. Die „Thesen gegen eine verfehlte Wirtschaftspolitik“ sind bei Hanser unter dem Titel „Die deutsche Krankheit: Sparwut und Sozialabbau“ erschienen. (NadM)

Wiedervereinigung, uns ordnungspolitisch grundsätzlich neu und konsequent aufzustellen, wurde nicht genutzt. Wir haben nie richtig begriffen und akzeptiert, dass die Wiedervereinigung keine isolierte Aufgabe für fünf neue Bundesländer ist, die irgendwelche Hausaufgaben zu erledigen haben, sondern dass die gesamte Republik reagieren musste.

Horn: Konkret wurden vor allem zwei große Fehler gemacht: Die Konversionsrate zwischen Ostmark und D-Mark von 1:1 beziehungsweise effektiv 1:1,2 entsprach nicht der Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie und hat ganz zwangsläufig zur weitgehenden Deindustrialisierung in den neuen Bundesländern geführt. Hinzu kam die viel zu schnelle Lohnangleichung in Ostdeutschland, die auch nicht ökonomisch tragfähig war. Die Löhne müssen der Produktivität folgen, ihr aber nicht vorweglaufen. Man hat dann versucht, die hohen sozialen Kosten dieser Fehlentscheidungen durch Nachfrageprogramme zu überdecken, die in der konkreten Situation jedoch völlig falsch waren: Im Osten hatten wir ein klares Angebotsproblem, das man auf der Angebotsseite angehen musste. Weil die Verbesserung der Angebotsbedingungen ausblieb, sind die Nachfrageprogramme wirkungslos verpufft.

War die Währungsunion aus deutscher Sicht auch ein Fehler, nicht im politischen, aber im ökonomischen Sinn?

Hüther: Nein, kein Fehler, aber wir haben uns die Auswirkungen nicht früh genug klar gemacht: Durch die gewollte Konvergenz der Inflationsraten und Zinsniveaus in Europa hat Deutschland einen wichtigen relativen Vorteil gegenüber anderen europäischen Volkswirtschaften verloren. Im Wahlkampf 1976 hat Helmut Schmidt mit Plakaten Werbung gemacht, auf denen ungefähr stand: „Mit 6,2 Prozent Inflationsrate ist Deutschland der Zweitbeste in Europa!“ Besser war nur die Schweiz, die hatte damals etwa 2,6 Prozent Inflation. Alle anderen Länder hatten knapp oder deutlich zweistellige Inflationsraten. Mit dem Euro haben wir diesen für Investoren zentralen Vorteil gegenüber anderen europäischen Volkswirtschaften verloren und nicht schnell genug durch die Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten an anderer Stelle reagiert.

Und die Fehler im Bereich der Sozialpolitik?

Hüther: Waren die größten von allen. Ihre tief sitzenden Auswirkungen erleben wir täglich. Die Überdehnung des Vorsorgegedankens und des Absicherungsprinzips haben eine regelrechte Deformation der Gemüter bewirkt, der Sichtweisen und der Handlungsweisen. Die Folge ist, dass wir viele Fragen verkehrt herum stellen. Die erste Frage, die es in einer freien Gesellschaft zu stellen und zu beantworten gilt, lautet doch immer: Erhöht eine Maßnahme den Freiheitsspielraum der Menschen? Bei uns wird immer zuerst gefragt: Ist eine Maßnahme sozial gerecht? Diese Reihenfolge der Fragen stimmt aus meiner Sicht nicht. Hier haben wir ein mentales Problem, eine mentale Deformation, die tief sitzt, denn sie ist das Ergebnis einer langen, großkoalitionär unterlegten Entwicklung mit der Überschrift „Überdehnung des Vorsorgeprinzips“.

Herr Horn, Ihr Kopfschütten signalisiert grundsätzlichen Widerspruch. Wo ist der zentrale Unterschied Ihrer Analyse gegenüber der strukturellen Interpretation von Herrn Hüther?

Horn: Viele der Probleme, die wir heute sehen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialversicherung, sind Folgeprobleme und nicht Ursache der deutschen Misere. Die Ursache liegt darin, dass wir auf die Veränderungen während der vergangenen 15 bis 20 Jahre makroökonomisch entweder gar nicht oder falsch reagiert haben. Die Entwicklung seit 2000 zeigt das ganz deutlich: Auf eine tief greifende, zunächst konjunkturelle Krise hat die Europäische Zentralbank (EZB) mit einer zu restriktiven Geldpolitik reagiert. Als Folge dieser falschen Antwort haben sich konjunkturelle Phänomene dann strukturell verhärtet. Strukturelle Probleme sind häufig die Folge falscher konjunkturpolitischer Reaktionen – und davon kann man inzwischen in Deutschland leider eine sehr lange Geschichte erzählen. Beispielsweise hat die Bundesbank 1993 viel zu stark gebremst, weil die Inflationsrate in der Tat gestiegen war, und dabei nicht bedacht, dass die Ursache dafür die Preisanpassung im Osten war und es in den alten Bundesländern kaum inflationäre Tendenzen gab. Diese Überreaktion einer aus gesamtwirtschaftlicher Sicht unangemessen restrikti-



Der Strukturökonom

Michael Hüther kritisiert realitätsferne Theoriedebatten und fordert eine Renaissance des ordnungspolitischen Denkens

Möglichst viel Mathematik und Statistik, ein fokussiertes Studium, anschließend die Promotion in den USA. Dieser Königsweg wird heute ambitionierten Studenten der Volkswirtschaftslehre für eine Karriere als Ökonom empfohlen. Michael Hüther hat alles anders gemacht, mit Erfolg: Der jüngste Direktor eines deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts hat parallel zum Vordiplom in Volkswirtschaftslehre auch die Zwischenprüfung in Geschichte abgelegt und bis auf einen Monat in Großbritannien sein ganzes Studium inklusive Promotion über „Steuer-Transfer-Systeme für die Bundesrepublik Deutschland“ (1990) in Gießen absolviert.

Aus acht Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter und späterer Generalsekretär des Sachverständigenrats verfügt Hüther über eine intime Kenntnis der deutschen Wirtschaftspolitik und eine perfekte Vernetzung zu ihren Protagonisten. Die DekaBank rief den Ökonomen 1999 nach Frankfurt, um für den Finanzdienstleister der Sparkassen eine volkswirtschaftliche Abteilung aufzubauen. Seine eigentliche

„Berufung“ erlebte Hüther – der seit 2001 als Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der European Business School in Oestrich-Winkel lehrt – mit dem Wechsel nach Köln, wo er im Juli 2004 die Leitung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) übernahm. Dort arbeitet er an der Renaissance des ordnungspolitischen Denkens in der Tradition von Walter Eucken.

Hüther bedauert, dass seine Disziplin in den vergangenen 20 Jahren ihre „Sprach- und Kommunikationsnähe zur Politik“ verloren hat und die Internationalisierung den Trend zu abstrakten Modellen und realitätsfernen Debatten verstärkt. Umso mehr freut sich der Chef von 330 Beschäftigten über die „kommunikative Power“ des IW, das mit eigenem Verlag und Medienagentur nicht nur eine Forschungs-, sondern auch eine Kommunikationseinrichtung ist. Seine Leistungsfähigkeit bewies das privat finanzierte Institut zuletzt mit den in der 290 Seiten starken Studie „Vision Deutschland – Der Wohlstand hat Zukunft“ (Deutscher Instituts-Verlag) formulierten Reformideen zur Überwindung der deutschen Wachstumsmalaise. (NadM)



ven Geldpolitik hat aber die Konjunktur in ganz Deutschland abgewürgt und zu einer sehr tiefen Rezession geführt. Und jede Rezession hinterlässt ihre Spuren.

Hüther: Ich sehe das Verhältnis von Ursache und Wirkung umgekehrt, aber die Richtung der Kausalität spielt keine Rolle für den Befund, den wir teilen: Wir haben in Deutschland eine verhängnisvolle Verknüpfung konjunktureller und struktureller Probleme, weil die Finanzierung der Sozialversicherung bei uns mit dem Arbeitsmarkt gekoppelt ist. Und das macht schlicht und ergreifend keinen Sinn, da müssen wir eine Entkoppelung hinkriegen. Es kann nicht sein, dass eine wie auch immer begründete Ausgabendynamik in der Sozialversicherung eine Arbeitskostenproblematik auslöst.

Die Wahlprogramme der beiden großen Parteien ...

Hüther: ... machen leider nur zaghafte Schritte in die richtige Richtung und kommunizieren diese auch noch schlecht: Das Ziel der Union, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, um die Lohnnebenkosten zu senken, ist richtig. Ich hätte mir jedoch gewünscht, dass man den logisch ersten Teil der Geschichte, nämlich die Senkung der Lohnnebenkosten, auch zuerst macht, also zum 1. Januar 2006, und erst ein Quartal später die Anhebung der Mehrwertsteuer vollzieht. Auf diese Weise wären zeitliche und sachliche Logik besser verbunden und auch besser zu vermitteln gewesen. Es lässt mich aber

sehr unruhig werden, dass die Herren Ministerpräsidenten mit ihren klebrigen Fingern versuchen, einen Teil der Mittel zur Sanierung der Landeshaushalte einzubehalten. Die salvatorische Formulierung zur Verwendung der Steuereinnahmen im Wahlprogramm der CDU/CSU, es werde unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten aufgeteilt, zeugt von schlimmen Illusionen. Denn da bleibt nichts zum Aufteilen, da darf nichts zum Aufteilen bleiben. Die Steuereinnahmen müssen voll zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung genutzt werden.

Horn: Auch ich halte den Schritt, bei der Finanzierung der Sozialsysteme stärker auf Steuern überzugehen, grundsätzlich für richtig. Die Systeme werden dadurch stabiler und wir können endlich den Teufelskreis durchbrechen, in dem eine konjunkturelle Krise die Sozialabgaben hoch treibt, was wiederum die Krise verschärft. Wenn die Union jedoch einen Teil der Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung in den Länderhaushalten verwendet, dann wird dieser Teil dem Wirtschaftskreislauf de facto entzogen. Das ist Gift für die Konjunktur, die schwache Binnennachfrage würde weiter geschwächt. Und das könnte schon der erste Keim des Scheiterns einer von CDU/CSU geführten Regierung sein.

Der größte Hebel zur Senkung der Lohnnebenkosten liegt ja im Bereich der Sozialpolitik. Bei der Reform der Kranken-

versicherung rivalisieren das Konzept der Gesundheitsprämie bei CDU/CSU und die Bürgerversicherung bei Rot-Grün.

Hüther: Wobei beide Konzepte in den Wahlprogrammen leider wenig konkret und unverbindlich angekündigt werden. In der inhaltlichen Präzision fallen die Ausführungen hinter die zwischenzeitlich erreichten Konzepte in beiden großen Parteien zurück, und Aussagen, wann der Systemwechsel erfolgen soll, fehlen ganz.

Wenn man die Konzepte als mittelfristige Ziele interpretiert, dann lohnt trotzdem die Frage: Was ist ökonomisch sinnvoller, Gesundheitsprämie oder Bürgerversicherung?

Hüther: Entscheidend ist die Frage, wie die Krankenversicherung vom Arbeitsvertrag entkoppelt und auf eine stärker wettbewerbliche Basis gestellt werden kann. Das Modell der Gesundheitsprämie ermöglicht diesen Schritt, man muss allerdings die bisher in der Krankenversicherung enthaltene Umverteilung stärker über das Steuersystem organisieren. Ich hoffe daher, dass die Union im Falle eines Wahlsiegs eine klare Prämienlösung realisiert, so wie sie die Herzog-Kommission vorgeschlagen und der CDU-Parteitag sie beschlossen hatte. So wie die Prämie jetzt aus Gründen des unionsinternen Kompromisses mit der CSU im Wahlprogramm dargestellt wird, ist sie viel zu kompliziert.

Rein ökonomisch ist die Prämie also das bessere Konzept?

Hüther: Ja.

Horn: Die Debatte um die Gesundheitsprämie zeigt, wie wichtig gesamtwirtschaftliches Denken ist. Die CDU hat demonstriert, was passiert, wenn man es nicht tut: Sie hat auf der einen Seite die Prämie vorgeschlagen, und natürlich kam sofort die Debatte auf, wie soll ein Niedrigverdiener die ursprünglich vorgesehenen 264 Euro im Monat aufbringen. Das ist für viele nicht bezahlbar. Sollen die aus der Krankenversicherung rausfallen, wie in den USA, wo elf Millionen Menschen gar nicht krankenversichert sind? Darüber hat sich Herr Herzog keine Gedanken gemacht. Die CDU hat dann eine teilweise Steuerfinanzierung zur Subventionierung der Niedrigverdiener angekün-

dig. Das hat wiederum Friedrich Merz nicht bedacht, der die Steuern ja senken wollte. Beides gleichzeitig, eine sozial akzeptable Gesundheitsprämie und Steuersenkungen auf breiter Front, geht aber nicht. Wenn ich die Prämienlösung will, dann müssen die Steuern auf hohe Einkommen erhöht werden, denn irgendwie muss die Subventionierung der Gesundheitsprämie für Geringverdiener ja finanziert werden. Bisher ist der Vorschlag unausgegoren. So, wie er im Programm steht, kann er nicht umgesetzt werden.

Die SPD setzt dagegen auf die Bürgerversicherung, einem geistigen Kind der Grünen. Wie lautet da Ihr Urteil?

Horn: Ich halte viel von einer wirklichen Bürgerversicherung, und das heißt, sie muss alle Bürger umfassen. Selbstständige und Beamte müssten damit auch in die gesetzlichen Versicherungssysteme hineingehen ...

... auch Politiker ...

Horn: ...auch Politiker, ich meine wirklich alle, und selbstverständlich gehören dann auch alle Einkommensarten dazu. Auch im Modell der Bürgerversicherung können die Kosten der Sozialversicherung vom Arbeitsvertrag entkoppelt werden, etwa durch eine teilweise Steuerfinanzierung des Arbeitgeberanteils. Ich wünsche mir ein System, wo alle in der gesetzlichen Krankenversicherung sind, und diejenigen, die besondere Leistungen haben wollen, private Zusatzversicherungen abschließen können. Dieses System würde die perversen Anreize abschaffen, die wir im Moment mit der Möglichkeit zum vollständigen Wechsel in die private Krankenversicherung haben.

Hütter: Ich halte die Bürgerversicherung für einen Irrweg. Was wir brauchen, ist mehr Wettbewerb auf dem Markt für Krankenversicherungen. Und das kann man mit einem transparenten Prämienmodell erreichen. Bei einer Bürgerversicherung, die quasi wie eine breite Steuer finanziert wird, aber nicht. Das ist der entscheidende Punkt: Ich kriege mit der Bürgerversicherung kein Wettbewerbssystem hin, aber das brauchen wir. Ich befürchte, dass wir mit der Bürgerversicherung letztlich britische Verhältnisse bekommen würden: eine quasi steuerfinanzierte Krankenversicherung, die aber weder effektiv noch effizient ist.

Welche Themen außer der stärkeren Steuerfinanzierung und der Reform der Krankenversicherung gehören darüber hinaus auf die wirtschaftspolitische Agenda der nächsten Bundesregierung?

Hütter: Die vorliegenden Parteiprogramme sind alle auf kurzfristige, allenfalls mittelfristige Veränderungen abgestellt. Was wirklich fehlt, und zwar in allen Programmen, ist die wachstumspolitische Vorsorge. Es klingt vielleicht paradox, aber für die ökonomische Zukunft der Republik sind Themen entscheidend, bei denen Wirtschaftswissenschaftler das Feld lange anderen Disziplinen überlassen haben: Familienpolitik, Bildungspolitik und Zuwanderungspolitik.

Es gibt weder theoretische noch empirische Argumente für eine Gesetzmäßigkeit nach unten, für den programmierten Niedergang der deutschen Volkswirtschaft

Michael Hüther

Horn: Da stimme ich dem Kollegen Hüther mal in allen Punkten zu. Ich würde die Bildungspolitik ganz bewusst an erster Stelle nennen, weil hier die größten Fehler gemacht wurden. Im Bereich der Familienpolitik haben eigentlich nur die Grünen einen richtungweisenden Vorschlag im Programm, nämlich das Ehegattensplitting, soweit es verfassungsrechtlich zulässig ist, aufzugeben, um eine stärkere Entlastung von Familien zu ermöglichen.

Welche Änderungen sind im Bildungssystem nötig?

Horn: Der Bildungsauftrag müsste schon in der frühkindlichen Erziehung viel stärker umgesetzt werden. Auch durch stärkere Anreize, Kinder in den Kindergarten zu schicken.

Also kostenfreie Kindergartenplätze?

Horn: Genau. Das Geld dafür könnte am Ende des Ausbildungsweges durch die Einführung von Studiengebühren aufgebracht werden, ein entsprechendes Stipendiensystem vorausgesetzt.

Hütter: Dieser richtige Vorschlag folgt der ökonomischen Theorie externer Effekte. Weil eine gute Ausbildung nicht nur den eigenen Kindern nützt, sondern auch ihren Kameraden in Kindergarten und Schule, ist es für jedes Elternpaar wichtig, dass nicht nur ihre eigenen Kinder die beste Ausbildung erhalten, sondern auch die Kinder in der Nachbarschaft. Und zwar schon, bevor sie sich in der Grundschule oder auf dem Gymnasium begegnen. Daraus folgt, dass der Staat den Besuch des Kindergartens kostenlos ermöglichen sollte. Vom Studium profitiert aber vor allem der einzelne Absolvent. Hier überwiegen die internen Effekte. Also sollte die Finanzierung auch individuell durch Studiengebühren erfolgen.

Sie beurteilen beide die Parteiprogramme als zu stark auf die Steuerpolitik fixiert und sind sich einig im Plädoyer für eine zukunftsorientierte Bildungs- und Familienpolitik. Welche persönliche Wahlentscheidung resultiert daraus?

Horn: Ich habe mich noch nicht definitiv entschieden. Mir gefällt das Programm der Grünen am besten, denn es enthält am meisten Zukunftsorientierung. Aber ich wähle natürlich in der Abwägung der gesamtpolitischen Lage und auch mit Blick auf die mit den Programmen verbundenen Personen. Die FDP spielt in meinen Überlegungen aber keine Rolle.

Hütter: Mich schmerzt der Mangel an Visionen in allen Parteiprogrammen. Es gibt weder theoretische noch empirische Argumente für eine Gesetzmäßigkeit nach unten, für einen programmierten Niedergang der deutschen Volkswirtschaft: Vollbeschäftigung ist auch in Deutschland möglich! Alle vorgeschlagenen Reformen zielen darauf ab, dass es uns in Zukunft wieder besser geht und wir in einer Gesellschaft mit größeren Freiheiten leben. Das wird von der Politik überhaupt nicht bebildert. Selbst das Programm der CDU/CSU lässt hier viel zu wünschen übrig. Trotzdem werde ich den Wechsel wählen.

Das Gespräch führte **NILS AUS DEM MOORE**